

3. *Cleavage*-Positionen der politischen Parteien in Polen

3.1. Einführung / Fragestellung

Aus den bisherigen theoretischen Überlegungen geht hervor, dass auf der Suche nach Ordnungskriterien des Parteiensystems neben der Haltung der Kirche gegenüber (Frage der klerikalen oder traditionellen Wertanbindung auf der einen Seite, laizistische und antiklerikale Programmatik auf der anderen Seite) vor allem die Haltung zur Wirtschaftsordnung und zur Stellung Polens in Europa von Bedeutung sind. Unterschieden werden kann hier eine Wirtschaftsprogrammatik, die sich an sozialdemokratischen Vorbildern einer sozialen Marktwirtschaft orientiert, von einer liberalen Programmatik, die staatlichen Interventionismus in das Wirtschaftssystem weitestgehend ablehnt.

Die Ausgestaltung eines interessenaggregierenden Parteiprofils ist aus zwei Gründen besonders schwierig: Einerseits ist die Interessenaggregation und –formulierung abhängig vom Stand der gesellschaftlichen Transformation, die eine ökonomische Differenzierung mit sich bringt und die eine verstärkte Rückwirkung auf die Werteorientierung der Gesellschaft andeutet, was sich wiederum in den Fragen des kirchlichen Einflusses auf den Staat widerspiegelt. Andererseits ist die Profilierung der Parteien im Verlauf der EU-Integration Polens maßgeblich von außenpolitischen Determinanten beeinflusst. Konkret bedeutet dies, dass die Integration in die EU in Polen bis zu den Parlamentswahlen 2001 nicht ernsthaft zur Diskussion stand, sondern einen breiten politischen Konsens darstellte. Differenzen entspannten sich vielmehr um das zeitliche Szenario oder die konkreten Bedingungen der Integration. Die Parteien, deren Strategie von Anfang an auf die Ablehnung des Beitritts Polens zur EU zielte, mussten nach dem erfolgreichen Referendum ihre Programmatik ändern und sich nun mit der Frage nach der Stellung Polens innerhalb der EU beschäftigen. Dieser äußere Rahmen parteipolitischer Programmatik zwingt einerseits zu einer verstärkten innenpolitisch-ideologischen Profilierung, andererseits ist auch diese nur eingeschränkt möglich, da der äußere Rahmen – die eindeutige Zielsetzung lautet EU-Integration – auf den Bereich der Innenpolitik abstrahlt und auch hier einen *common sense* erfordert. Dies gilt zumindest für die Parteien, die auf der proeuropäischen Seite standen. Die in der letzten Dekade im intellektuellen Leben charakteristische „Richtigkeit im anderweitigen Sinne“ folgte, mit Blick auf die Integration in die EU der Annahme, dass jeder Ausdruck der Befürwortung der Integration mit einer Klausel über die Beachtung der nationalen Identität versehen werden sollte. So dominierten in der EU-Debatte kurz vor der Europawahl von allen Seiten des politischen Spektrums die patriotischen Töne, die die nationale polnische Identität und Interessen hervorhoben.

Die Europakonzeptionen der Parteien werden ausführlich im Kapitel III-6.1. betrachtet. Hier sollen die ausgesuchten Parteien in einen Analysefokus gestellt werden, um zuerst deren Positionen hinsichtlich der *cleavages* darzustellen.

3.2. Die *cleavage*-Positionen der Parteien im Einzelnen

Für die folgende Analyse werden die Positionen der Parteien in den oben bereits dargestellten drei *cleavage*-Dimensionen erfasst: Auf der Traditionalismus vs. kosmopolitische Öffnung Dimension, der konfessionell vs. säkular Dimension und schließlich auf der Staatsinterventionismus vs. freie Marktwirtschaft Dimension. Um eine Partei auf der *cleavage*-Dimension einordnen zu können, wurde bei einer nicht eindeutigen Positionierung der Partei jeweils die dominante Position gewählt. Dabei stützt man sich weniger auf Wahlprogramme oder Wahlmanifeste, sondern mehr auf das, was aus dem alltäglichen Prozess des politischen Werbens als Bild der Partei in der Bevölkerung entstand. Dieses Bild beruht auf den konkreten *policies*, für oder gegen die sich eine Partei durch Abstimmungen im Parlament entscheidet, auf den dort gehaltenen Reden und Disputationen sowie einer Vielzahl von Signalen, die durch die Massenmedien übertragen wurden.

3.2.1. Wahlaktion Solidarität: Akcja Wyborcza Solidarność - AWS

Nach den Erfahrungen der verlorenen Wahlen in den Jahren 1991 und 1993 entschied sich die Gewerkschaft *Solidarność* unter Führung von Marian Krzaklewski, zu den Wahlen im Jahre 1997 ein Wahlbündnis unter der Führung von *Solidarność* aufzubauen. Dem *Solidarność*-Wahlbündnis gelang es als erster Formation, die kleinen und kleinsten rechten Gruppen und Parteien aus dem *Solidarność*-Lager zu einem Wahlbündnis zu vereinen und damit schließlich einen Wahlsieg zu erringen. In der Parlamentsfraktion waren etwa 35 Prozent *Solidarność*-Vertreter, die sich meistens der christlich-sozialen Strömung verpflichtet fühlten, die national-katholische Strömung machte etwa 20 Prozent aus, davon ZChN 10 Prozent, die liberal-konservative Strömung 10 Prozent, die staatlich-patriotische Strömung 10 Prozent, die Aktivisten aus der territorialen Selbstverwaltung 5 Prozent und die Christlich-Demokratischen Parteien 10 Prozent.

Die größte Gruppe war der national-katholisch und egalitär-populistisch orientierte Teil, der sich auf christliche Werte und die Soziallehre der katholischen Kirche berief. Die AWS forderte eine Pro-Familien-Politik und eine angemessene Position der katholischen Kirche im öffentlichen Leben (Konkordat, Verfassungspräambel – Gottesbezug, ein uneingeschränktes gesetzliches Abtreibungsverbot). Die Haltung gegenüber der EU war vorsichtig skeptisch, die AWS sprach am liebsten vom "Europa der Vaterländer".

Der AWS-Slogan von 1997: „Zawsze - Polska, wolność, rodzina“ (Immer - Polen, Freiheit, Familien) brachte ihre Hauptbotschaften auf den Punkt: Mit „Immer“ suchte sie sich von der an ihrer kommunistischen Vergangenheit tragenden SLD abzugrenzen. „Familie“ sollte PSL-Wähler anziehen und mit „Freiheit“ immunisierte man sich gegenüber der UW. Als Garant für traditionelle polnische Werte führte sie die intensivste und teuerste Kampagne. Ihr Auftreten suggerierte eine Geschlossenheit, die ihrer faktischen Heterogenität kaum entsprach. Überraschend ebenso die moderaten Töne und die Disziplin ihrer Wortführer.

Die AWS war marktwirtschaftlich orientiert und erklärte sich für eine Dominanz des privaten Eigentums und des freien Marktes und trat für strenge Haushaltsdisziplin und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik ein, allerdings mit Rücksichtnahmen auf ihre gewerkschaftliche Basis, die, um die Anpassungsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zu erleichtern und für ein Minimum sozialer Gerechtigkeit zu sorgen, staatsinterventionistische und industriepolitische Mittel befürwortete.

3.2.2. Recht und Gerechtigkeit: Prawo i Sprawiedliwość - PiS

Die PiS entstand Ende April 2001 als eine Abspaltung von der AWS. Eine ihrer Vorläufergruppierungen war insbesondere die Zentrumsallianz (PC). Die PiS war ein Personen-Zusammenschluss um die Brüder Kaczyński zwecks Wiedereinzug in den Sejm nach dem Auseinanderbrechen der alten AWS. Ihre Mitgliedschaft setzt sich in erster Linie aus dem rechten Flügel der AWS zusammen. Die Partei vertrat hauptsächlich populistische Law-and-Order Parolen und bekennt sich zu einer interventionistisch-protektionistischen Wirtschaftspolitik. In ihren Aussagen wurden öfter die Postulate einer starken Führung der Regierung in der Wirtschaftssphäre hervorgehoben. Ideologisch ist diese Partei schwer zu fassen. Am rechten Spektrum umfasst sie einige Politiker, die durchaus dem nationalen, euroskeptischen Lager zuzuordnen sind, auf der anderen Seite aber befand sich die PiS als Partei in der Referendumsdebatte auf der pro-europäischen Seite. Allerdings betonte sie, dass der Beitritt Polens zur EU auf keinen Fall zu einer Untergrabung der nationalen Identität, der Traditionen und Institutionen führen oder das allgemein akzeptierte Normensystem zerstören dürfte. Dabei solle insbesondere der Familie und Kirche Schutz gewährt werden.

Die PiS versucht sich strategisch am liberalen Lager zu orientieren, es gelingt ihr aber nicht, Wähler aus dem liberalen Spektrum zu sich herüberzuziehen, weil die PO in den Augen der Öffentlichkeit an Profil gewinnt und damit das gesamte liberale Spektrum erfolgreich abzudecken scheint. Formen der politischen Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien gab es bisher keine, vor allem wegen der Unterschiede in den wirtschaftlichen Lösungsansätzen.

3.2.3. Bürgerplattform: Platforma Obywatelska - PO

Die im Januar 2001 gegründete rechtsliberale PO, der „shooting star“ auf der politischen Bühne Polens, ist primär das Werk seiner drei Gründer, die ihm als Triumvirat vorstehen: Des angesehenen Ökonomen Andrzej Olechowski, des Sejmmarschalls und ehemaligen AWS-Angehörigen Maciej Płazynski und des ehemaligen Wortführers des wirtschaftsliberalen Flügels der UW, Donald Tusk. Sie beabsichtigten mit dieser Gründung eine moderne Mitte-Rechts orientierte politische Partei in Polen zu etablieren.

Viele Mitglieder der AWS und der UW folgten Tusk und Płazynski zur PO, die sich programmatisch in der Mitte zwischen den beiden etablierten, aber schnell schrumpfenden Parteien befindet. Die PO befürwortet eine schnelle Privatisierung, ist weiterhin an einer umfassenden Öffnung der Binnenmärkte für ausländische Konkurrenzprodukte interessiert. Im wesentlichen steht sie für Deregulierung der Wirtschaft, eine lineare Einkommensteuer sowie Entschlackung des Staatsapparates und ringt mit der UW um die Besetzung des Themas „Mittelstandsförderung“. Ihre allgemeine Werteorientierung ist liberal-konservativ, in deutlicher Abgrenzung von den klerikalen und strukturkonservativen Kräften in der AWS.

Allerdings führt die „antipolitische“ Rhetorik der Führungspersonen zu einer gewissen Unbestimmtheit des Wahlprogramms sowie in der Haltung zum Parlamentarismus. Außerdem liegt eine gewisse Frivolität darin, dass die „Triumvirat“ seit Jahren innerhalb des jetzt von ihnen kritisierten „Systems“ in führenden Positionen aktiv gewesen sind. Die Plattform kommt dem Bild einer modernen, nicht-kirchennahen, pro-europäischen Mitte-Rechtsformation („laizistische Rechte“) recht nahe.

3.2.4. Freiheitsunion: Unia Wolności - UW

Die Freiheitsunion ging am 23 April 1994 aus einem Zusammenschluss der Demokratischen Union und des Liberal-Demokratischen Kongresses hervor. Die UD war von Anfang an bekannt für ihre proeuropäische Orientierung (was ihr den Vorwurf einbrachte, ihre Hauptstadt liege in Brüssel). Sie wurde weitgehend identifiziert mit dem Balcerowicz-Plan und seiner Schocktherapie. Die Partei vereinigte sehr unterschiedliche Strömungen in ihren Reihen. Sie begriff und begreift sich als Kraft der Mitte, als liberal-demokratische Partei, wird aber von der Rechten als linksstehend betrachtet. Innerparteiliche Streitfragen verliefen entlang der Frage nach der Haltung zum Konkordat, zur Abtreibung und Sozialpolitik. Sie wurden jedoch begraben und die UW gibt sich als offene, weltanschauliche Partei, die das Bekenntnis zu den nationalen Traditionen Polens keineswegs als Opposition zum universalistischen Muster sieht. Die unterschiedlichen Fraktionen verbindet das Streben nach Stabilisierung der demokratischen Institutionen, Dezentralisierung des Landes, Privatisierung und möglichst schneller Integration Polens in EU und NATO. Die UW orientiert ihre politische Inhalte an der Wählerschaft, die sich am ehesten durch die Attribute jung, gut ausgebildet oder akademisch, (wirtschafts-) liberal und mittelständisch kennzeichnen lässt – sie wird mit dem Schlagwort „Partei der polnischen Intelligenz“ belegt (Freudenstein 1997: 46ff).

Die UW lehnt sowohl Klerikalismus als auch Antiklerikalismus ab und ist bemüht, ein freundschaftliches Verhältnis zur katholischen Kirche zu bewahren, was diese ihr nicht leicht macht. Nach den Septemberwahlen 1993, in denen der KLD unter der 5 Prozent-Hürde geblieben war, vereinigten sich die UD und der KLD zur Freiheitsunion (Ende April 1994).

Der Liberaldemokratische Kongress begriff sich als eine moderne, säkulare Partei, trat für einen demokratischen Kapitalismus, gegründet auf Privateigentum und der Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein eigenes Schicksal ein, und lehnte jeden Staatsinterventionismus ab. Der KLD forderte

Steuersenkungen und wollte die Regionalisierung des Landes und Dezentralisierung der Verwaltung vorantreiben. In der Bevölkerung wurde die Partei schließlich weitgehend - wenn nicht ausschließlich - mit dem Privatisierungsprozess in Verbindung gebracht.

Die Gründung der PO führte in der UW zu einer großen Krise. Die Partei zerfiel im wesentlichen in die zwei Parteien, aus deren Fusion sie im Jahre 1994 entstanden war. Die Politiker der ehemaligen Demokratischen Union blieben zumeist in der Partei - um den Parteivorsitzenden Bronisław Geremek, der den sozialliberalen Flügel der Partei repräsentierte - während viele Mitglieder des einstigen KLD dessen damaligen Vorsitzenden Donald Tusk in die PO folgten.

3.2.5. Die Polnische Bauernpartei: Polskie Stronnictwo Ludowe - PSL

Die PSL ist die größte Bauernpartei in Polen. Sie ging aus der Vereinigten Bauernpartei ZSL hervor und übernahm deren Vermögen und Parteiapparat. Programmatisch distanziert sie sich heute von der Volksrepublik Polen und betrachtet die Bauernpartei der Zwischenkriegszeit PSL "Piast" und die PSL von Mikołajczyk (1945 - 1947) als ihre Vorläufer. Die Partei entstand am 5. Mai 1990 durch den Zusammenschluss verschiedener Bauerngruppierungen unter der Dominanz der alten Vereinigten Bauernpartei (Zjednoczone Stronnictwo Ludowe – ZSL).

Ihren Haupteinfluss hat die Partei auf dem Land. Da einerseits noch mehr als 25 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft arbeiten, andererseits aber ein Strukturwandel, der die wirtschaftliche Existenz von Tausenden von kleinen Bauernhöfen fordern wird, absehbar ist (und damit die Reduzierung der sozialstrukturellen Basis aller Bauernparteien), scheint die Programmatik der PSL vorgezeichnet. Tatsächlich tritt die PSL für stärkeren Protektionismus zugunsten der Landwirtschaft und damit für mehr Staatsinterventionismus statt Marktwirtschaft ein. Sie steht für eine Politik der Erhaltung der landwirtschaftlichen Autarkie Polens, fordert die Festlegung von Mindestpreisen für Agrarprodukte, verbilligte Kredite für die Bauern und Importbeschränkungen für Waren aus dem Ausland.¹⁵³ Während der Regierungsjahre der SLD-PSL Koalition war sie hauptverantwortlich für den Stopp der Reform der territorialen Selbstverwaltung und die Verzögerung der Realisierung des Programms der allgemeinen Privatisierung

Für ihre Aussagen beruft sie sich sowohl auf den demokratischen Sozialismus sowie die katholische Soziallehre (Lange 1994: 86). Sie verteidigte das mit dem Vatikan ausgehandelte Konkordat und trat mehrheitlich für ein Abtreibungsverbot ein. Ihr Programmkanon umfasst neben einem klaren Bekenntnis zum Katholizismus auch die Betonung der Familientraditionen und der nationalen Traditionen Polens. Die PSL gilt als EU-kritisch. Sie sprach sich für den EU-Beitritt Polens aus, aber nur langsam und unter Einbehaltung sämtlicher Vergünstigungen.

¹⁵³ Siehe im Internet unter: http://www.dpg-brandenburg.de/nr_20/parteienlandschaft.html

3.2.6. Arbeitsunion: Unia Pracy - UP

Die Arbeitsunion entstand 1992 aus der Solidarität der Arbeit und der Demokratischen Gesellschaftsbewegung (Ruch Demokratyczno-Społeczny – RDS), Teilen der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS), Teilen der Polnischen Sozialdemokratischen Union (PUS) und einzelnen ehemaligen Mitgliedern der SdRP (Tomasz Nałęcz). Damit demonstrierte die ehemalige Solidarität der Arbeit, dass sie eine Partei sein wollte, die Sozialdemokraten aus beiden Lagern bei sich willkommen hieß. Die Solidarität der Arbeit war die einzige aus der *Solidarność* hervorgegangene Gruppierung, die sich offen als links bezeichnete. Die Arbeitsunion fühlte sich dem ursprünglichen demokratischen und sozialen Ethos von *Solidarność* und damit auch den Interessen der Arbeiter verpflichtet. Ihr Plädoyer für die soziale Marktwirtschaft war mit der Forderung nach erweiterten Mitbestimmungsrechten in den Betrieben (unabhängig von der Eigentumsform) und nach einer staatlichen Industrie- und Strukturpolitik verbunden. Sie opponierte gegen den Balcerowicz-Plan und dessen Schocktherapie. Sie plädierte auch für die Inkaufnahme eines höheren Haushaltsdefizits, damit der Staat seine soziale Verantwortung wahrnehmen konnte. Die Partei kritisierte von Anfang an den strikt monetaristischen Wirtschaftskurs. Sie lehnte eine überstürzte Privatisierungspolitik ab, sprach sich für Pluralismus auch bei den Eigentumsformen aus und forderte eine Antirezessionspolitik. Sie trat für niedrige Steuersätze für die Ärmere ein und forderte die Verankerung sozialer Rechte in der Verfassung.

Die Partei fordert einen weltanschaulich neutralen Staat, verlangt eine Trennung von Staat und Kirche und kritisiert eine Reihe von Bestimmungen des zwischen Regierung und Vatikan ausgehandelten Konkordats. Sie engagierte sich in der Kampagne für ein Referendum zur Frage der Abtreibungsgesetzgebung, wodurch sie eine gewisse Popularität gewonnen hat (Zimer 1997: 68).

Die UP spricht sich für eine Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische, universalistische Muster und die Einbindung in das westliche Gesellschaftsmodell aus.

3.2.7. Allianz der Demokratischen Linken: Sojusz Lewicy Demokratycznej - SLD

Im Februar 1991 riefen Aleksander Kwaśniewski und Włodzimierz Cimoszewicz zur Bildung eines breiten Bündnisses für die bevorstehenden Wahlen auf. Mitte Juli 1991 gründete sich die Allianz der Demokratischen Linken aus 28 Organisationen, die alle mehr oder weniger aus dem ehemals staatssozialistischen Lager kamen. Die wichtigsten unter ihnen waren die SdRP und die Branchengewerkschaften. Die Allianz bekannte sich zu Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft, forderte aber auch die Beibehaltung von Elementen des Staatsinterventionismus und eine bessere soziale Absicherung. Nach anfänglichem Zögern hatte sich die SLD für einen eindeutig prowestlichen Kurs, für einen schnellen NATO- und EU-Beitritt entschieden. Die Partei profitierte von den Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche in der Frage der Anti-Abtreibungsgesetzgebung, der Wiedereinführung des Religionsunterrichts auf dem Erlassweg und dem Auseinanderfall des *Solidarność*-Lagers.

Die Strategie der SLD hatte zum Ziel, sich insgesamt als glaubwürdige Demokraten darzustellen. Dazu wurde eine Taktik gewählt, die inneren ideologischen Konflikte zwischen Liberalismus, Etatismus und den Überresten eines kommunistischen Programms zu verdecken oder zumindest nicht öffentlich auszutragen. Entsprechend diesen Prioritäten entwickelte sich auch die interne Organisation und das Zusammenspiel der Kräfte (Wojtaszczyk 1996: 151). Im Rahmen der SLD lassen sich drei große Gruppen benennen: die Pragmatiker (dominiert durch führende Politiker der SdRP, anderen prominenten Reformern und linken Aktivisten); die gewerkschaftlichen Interessenvertreter der Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftspolitiker sowie die Konservativen aus der Schicht ehemaliger Funktionsträger des alten Systems auf allen Ebenen.

Über die interne Fraktionierung hinaus gibt es aber auch programmatische Elemente, die die Mehrzahl der Mitglieder der SLD vereinen, so etwa die Orientierung auf eine soziale Marktwirtschaft und eine liberale Orientierung auf der kulturellen Ebene, was aber auf Dauer nicht gereicht hat.¹⁵⁴

3.2.8. Liga der Polnischen Familien - LPR

Die Liga der polnischen Familien ist eine neue Formation, die sich aus rechtskatholischen Gruppierungen zusammensetzt, die früher Teil der AWS und der Bewegung für den Wiederaufbau Polens (ROP) waren. Die LPR vertritt eine aggressiv-nationalistische Programmatik und wurde dabei anfangs vom rechtsextremen und fremdenfeindlichen Sender Radio Maryja gestützt.

Die LPR, eine fundamentalistisch-katholische, ideologisch anti-europäische Partei, hat sich wider Erwarten stabilisiert. Gemeinsam schüren Lepper und die LPR die Unzufriedenheit über die schlechte wirtschaftliche Lage und kanalisieren diese in Richtung EU. Die hohe Arbeitslosigkeit von über 18 Prozent trägt das Ihre dazu bei. Im gegenwärtigen Klima von Verleumdungen und populistischen Forderungen wird die Regierungs- und Oppositionsarbeit extrem erschwert. Die LPR lehnte die Mitgliedschaft in der EU aus ökonomischen und ideologischen Gründen ab (Verlust der nationalen Identität und Untergrabung der christlichen Werte) und forderte die Aufkündigung des Assoziierungsvertrages mit der EU. Westeuropa wird weltanschaulich als Bedrohung empfunden und gilt durch seinen Säkularismus und Kosmopolitismus als Gefahr für katholische und nationale Prinzipien. Die Partei tritt für die rechtliche Durchsetzung katholisch-fundamentalistischer Werte ein und wehrt sich gegen den Verkauf von Grund und Boden an Ausländer.

Das Vorhaben der Modernisierung stößt bei der von Teilen der katholischen Kirche unterstützten Partei auf Ablehnung. Die LPR spricht oft über die Gefahren für die nationalen Interessen und für die polnische Wirtschaft wegen ihrer Konkurrenzunfähigkeit gegenüber den europäischen Märkten, aber ist gleichzeitig eindeutig für die Mechanismen des freien Marktes und eine liberale Wirtschaftspolitik.

¹⁵⁴ Nach dem Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Leszek Miller kam es zum Zerfall der SLD, was aber weniger auf konzeptuelle Schwächen als auf einen historischen Widerspruch zurückzuführen ist: Ohne personelle Neuerung und eine ethische Rückbesinnung wird sich die SLD nicht halten können; nach Miller werden auch weitere alte Kader gehen müssen.

3.2.9. Selbstverteidigung RP: Samoobrona Rzeczypospolitej

Die Bauernselbstverteidigung ist eine radikale populistische Gruppierung, die auf der Basis des Protestes von Bauern entstand, die nicht imstande waren, die vor 1991 aufgenommenen Kredite zurückzuzahlen. Anfang 1992 gründete Andrzej Lepper diese Organisation. Lepper und seine Anhänger machten u.a. durch Besetzungen, zahlreiche Straßenblockaden in ganz Polen und Sternmärsche nach Warschau von sich reden. Die Bauernselbstverteidigung forderte u.a. die Abschaffung der Arbeitslosigkeit, die Entschuldung der Landwirtschaft und die Einführung von rentablen Preisen für alle Agrarprodukte. Die Samoobrona vertritt eine für Außenstehende abstruse Mischung politischer Vorstellungen: Radikale Ablehnung der Globalisierung und tiefe Kritik an der Marktwirtschaft, polnischer Nationalismus und starke pro-russische Tendenzen, ergänzt durch Gegnerschaft zur NATO und besonders zur EU. Offen wurde Feindschaft gegenüber "Fremden", die "Polen ausplündern", propagiert. Sie gibt sich als Verteidiger der armen Bauern, den Hauptverlierern der EU-Integration, aus, indem sie gegen die EU und den Ausverkauf polnischer Interessen wettete. Eine weitere Verbeugung in Richtung der traditionell gläubigen Landbevölkerung wurde durch Bekenntnisse zu christlichen Werten und zur Religion gemacht. Obwohl Samoobrona eine viel unverblümter als bei der SLD vorgebrachte Nostalgie für das kommunistische Polen hervorhebt, finden sich in ihrer Programmatik keine direkten laizistischen oder antiklerikalen Aussagen.

3.3. Analyse der *cleavage*-Konfiguration des polnischen Parteiensystems

Die polnischen, politischen Parteien lassen sich vor allem auf zwei Differenzierungsebenen unterscheiden einer ökonomischen und einer soziokulturellen.

Die ökonomische Ebene spiegelt eine Unterscheidung der Parteien in Fragen zur Wirtschaftsordnung und zu politischen Einflussnahmen auf deren Bedingungen wider. In wirtschaftspolitischer Hinsicht lassen sich zwei Gruppen von Parteien unterscheiden: Liberale und zentristische Parteien setzen stärker auf Marktkräfte in dem Sinne, dass sie wirtschaftlichen Strukturwandel auch gegen sektorale Interessen im eigenen Land zulassen; gleichzeitig wird ein minimaler oder auf jeden Fall schlanker Wohlfahrtsstaat befürwortet. Demgegenüber sind postsozialistische und die Bauernparteien in Polen zwar nicht gegen jeglichen Strukturwandel, sehen jedoch für bestimmte Bereiche der Volkswirtschaft (Energie, Transport, Telekommunikation, andere infrastrukturelle Sektoren) eine maßgebliche Rolle des Staates. Daneben soll der Wohlfahrtsstaat umfassende Sicherungen bereitstellen.

Die Differenzierung auf kultureller Ebene erwächst aus den unterschiedlichen Herangehensweisen an traditionelle soziale Gruppen und Erscheinungen wie Familie, Nation oder Religion und deren Ausübung. Hier konkurrieren miteinander einerseits die Parteien, die sich als christlich-national

verstehen, die sich für die Herrschaft der christlichen Werte in der Öffentlichkeit und um eine Dominanz des nationalen Prinzips über alle anderen Gestaltungsprinzipien der Politik auf der Ebene des Gesamtstaates aussprechen, mit den Parteien, die die dominante Rolle der christlichen Prinzipien ablehnen und sich nach den universalistischen, liberalen Werteorientierungen richten. Laizistisch-pluralistische Optionen treffen in Polen auf einen stark verankerten Katholizismus und den mit ihm verbündeten Klerikalismus. Das Thema der EU-Integration Polens kann auch auf diesen beiden Ebenen betrachtet werden. Da stehen die Anhänger einer Annäherung der polnischen Kultur an westeuropäische Muster den natiozentrischen Traditionalisten bzw. die Protagonisten einer radikalen marktwirtschaftlichen Ordnung den Befürwortern eines schrittweise, sozialverträglichen Weges in den Kapitalismus gegenüber. Dieses Thema wird noch ausführlich im Kapitel III-6.1. betrachtet.

Gehobene Aspekte der Programmatik werden zuerst in einer Tabelle (Tabelle 9) zusammengefasst. Danach werden die Parteien entsprechend ihren Einstellungen zu den hier erhobenen Punkten eingetragen. Hier ist zu erkennen, dass die AWS, PiS, PSL sowie LPR und Samoobrona einen wichtigen Stellenwert den polnischen nationalen Interessen beimessen; dagegen sind die PO, UW sowie SLD und UP die entschiedenen Anhänger einer Annäherung an westeuropäische Muster. Weiterhin sind die PO, UW sowie UP und SLD die Befürworter der Weltanschaulichkeit des Staates und der Trennung von der Kirche, dagegen befindet sich die AWS, PiS, PSL LPR mit Samoobrona auf dem Gegenpol, der die Rolle der christlichen Werte und der Lehre der Kirche in der Öffentlichkeit hervorhebt. Wenn es um die ökonomischen Einstellungen geht: Hier lassen sich die AWS, PiS mit Po und UW sowie LPR als Anhänger schnellen wirtschaftlichen Strukturwandels erkennen und die PSL, UP, SLD und Samoobrona dagegen als Befürworter eines Wohlfahrtsstaates.

Um die Konfiguration des polnischen Parteiensystems bezüglich der *cleavage*-Positionen der Parteien noch überschaubarer zu machen, wurden die Parteien in einem Vierfeldschema präsentiert. Die Anordnung der politischen Szene kann daher wie folgt modifiziert werden: Zwei senkrecht zueinander stehende Achsen kennzeichnen dieses Modell; zum einen mit den Dimensionen Staatsinterventionismus vs Marktwirtschaft und Traditionalismus vs kosmopolitische Öffnung dargestellt (Abbildung 2-A für 1997 und 3-A für 2001) und zum zweiten noch einmal die Dimension Staatsinterventionismus vs Marktwirtschaft, diesmal mit der Dimension säkular vs. konfessionell (Abbildung 2-B für 1997 und 3-B für 2001).

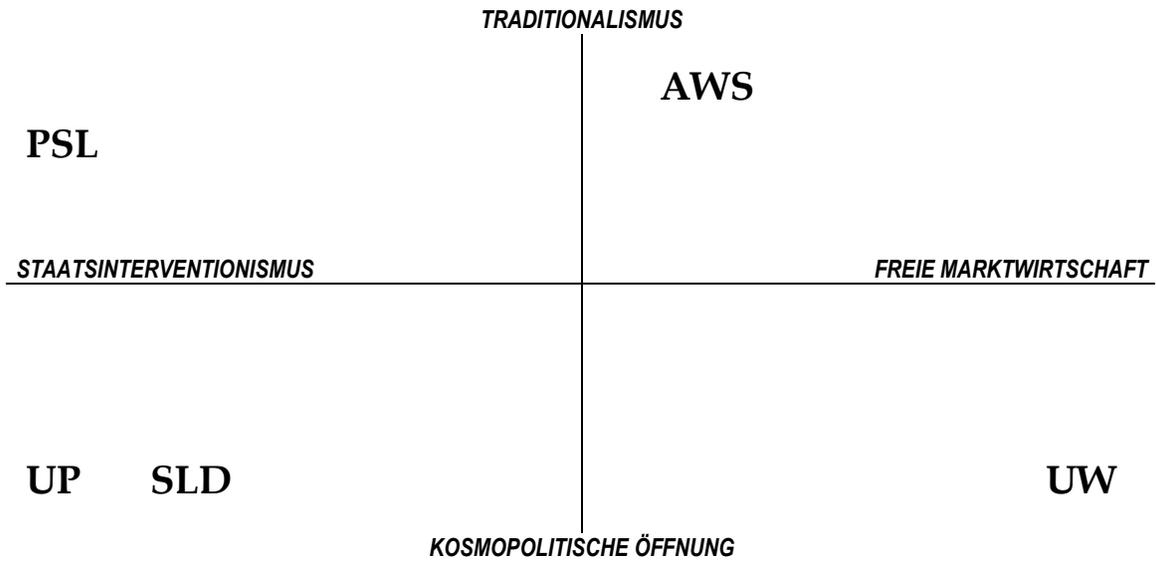
Auffallend bei dieser Abbildung ist, dass sich die Positionen der Parteien auf der traditionellen Achse (Traditionalismus vs kosmopolitische Öffnung) mit der religiösen (konfessionell vs säkular) weitgehend überlagern. Die Analyse dieses Aspektes folgt im Kapitel III-6.3., in dem eine statistische Hypothesenprüfung mittels Signifikanztests durchgeführt wird. Dabei kam es zu einem Multipolaritätsproblem in Bezug auf diese beiden *cleavages*.

Tabelle 9: Die *cleavage*-Positionen der politischen Parteien im Vergleich

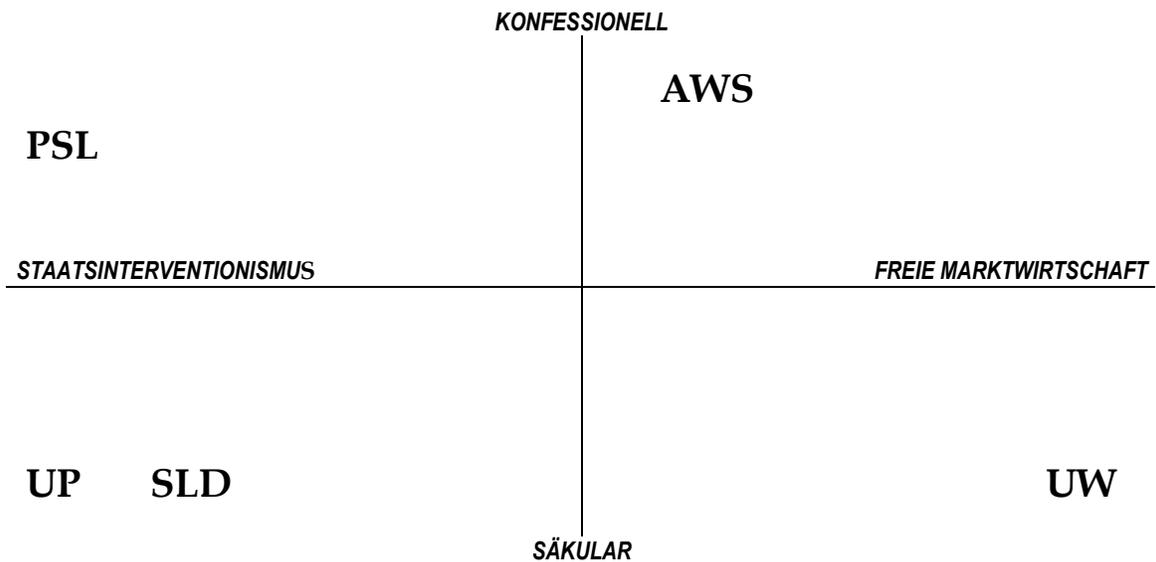
	AWS	PiS	PO	UW	PSL	UP	SLD	LPR	Samobrona
Traditionalismus <i>Stellenwert der polnischen nationalen Interessen</i>	Nationale und katholische Orientierung des Staates	Nationale und katholische Orientierung des Staates			Beimessen der Bedeutung der nationalen Tradition			Die militante Vertretung des Gedankens der Nation als zentrales Element	Beimessen der Bedeutung der nationalen Tradition
Kosmopolitische Öffnung <i>Die Annäherung an westeuropäische Muster</i>			Europäisches Vorbild, Libertäres Gesellschaftskonzept	Europäisches Vorbild, Libertäres Gesellschaftskonzept		Demokratischer und sozialer Rechtsstaat, gesellschaftliche Gerechtigkeit	Demokratischer und sozialer Rechtsstaat, gesellschaftliche Gerechtigkeit		
Konfessionell <i>Die Rolle der christlichen Werte und der Lehre der Kirche in der Öffentlichkeit</i>	Einfluss christlicher Prinzipien auf das gesellschaftliche Leben, katholische Ethik, Familie als zentraler Wert	Einfluss christlicher Prinzipien auf das gesellschaftliche Leben, katholische Ethik, Familie als zentraler Wert			Betonung der Wichtigkeit der christlichen Werte in der Gesellschaft			Diktat christlicher Prinzipien auf das gesellschaftliche Leben, katholische Ethik, Familie als zentraler Wert	Betonung der Wichtigkeit der christlichen Werte in der Gesellschaft
Säkular <i>Weltanschaulichkeit des Staates und Trennung von der Kirche</i>			Eigene Tätigkeits-sphären des Staates und der Kirche	Eigene Tätigkeits-sphären des Staates und der Kirche		Weltanschauliche Neutralität des Staates	Weltanschauliche Neutralität des Staates		
Staatsinterventionismus <i>Langsamer Strukturwandel; Kontrolle des Staates über „strategische“ Sektoren, Wohlfahrtsstaat:</i>	Soziale Gerechtigkeit behalten	Aktive Rolle der Regierung	Abbauen	Abbauen	Ausbauen	Ausbauen	Beibehalten	Abbauen	Bremsen
Marktwirtschaft <i>Inkaufnahme schnellen wirtschaftlichen Strukturwandels, minimaler Wohlfahrtsstaat</i>	Fortführen	Fortführen	Fortführen	Fortführen	Bremsen	Bremsen	Bremsen	Fortführen	Ausbauen

**Abbildung 2 Konfiguration des polnischen Parteiensystems nach den Wahlen 1997
(Näherungswerte)**

A. Konfliktdimensionen Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft und Traditionalismus vs kosmopolitische Öffnung

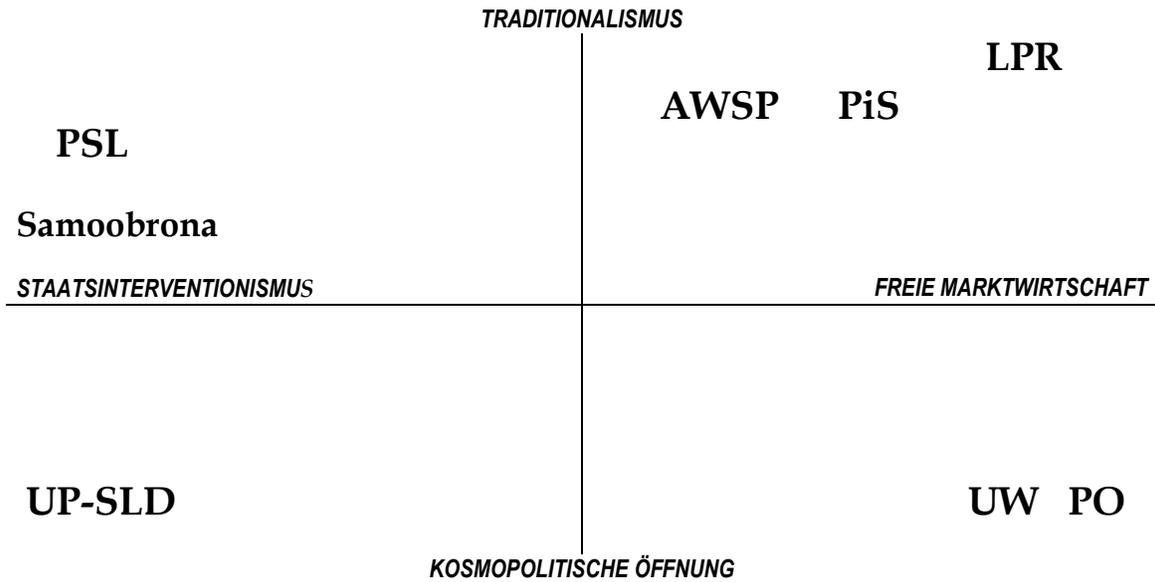


B: Konfliktdimensionen Staatsinterventionismus vs Marktwirtschaft und konfessionell vs. säkular

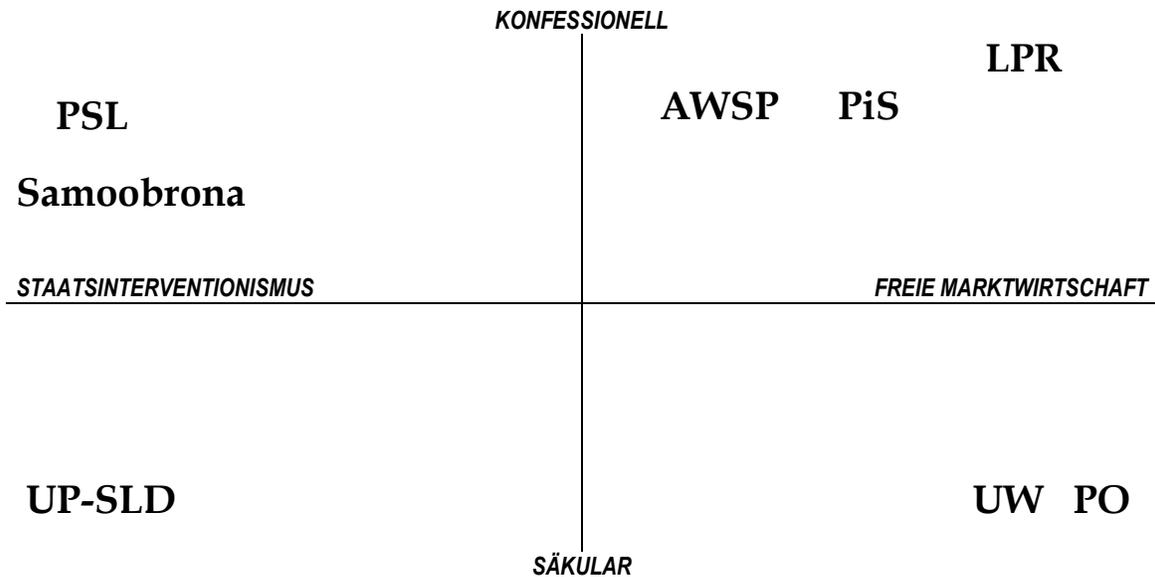


**Abbildung 3 Konfiguration des polnischen Parteiensystems nach den Wahlen 2001
(Näherungswerte)**

A. Konfliktdimensionen Staatsinterventionismus vs. Marktwirtschaft und Traditionalismus vs kosmopolitische Öffnung

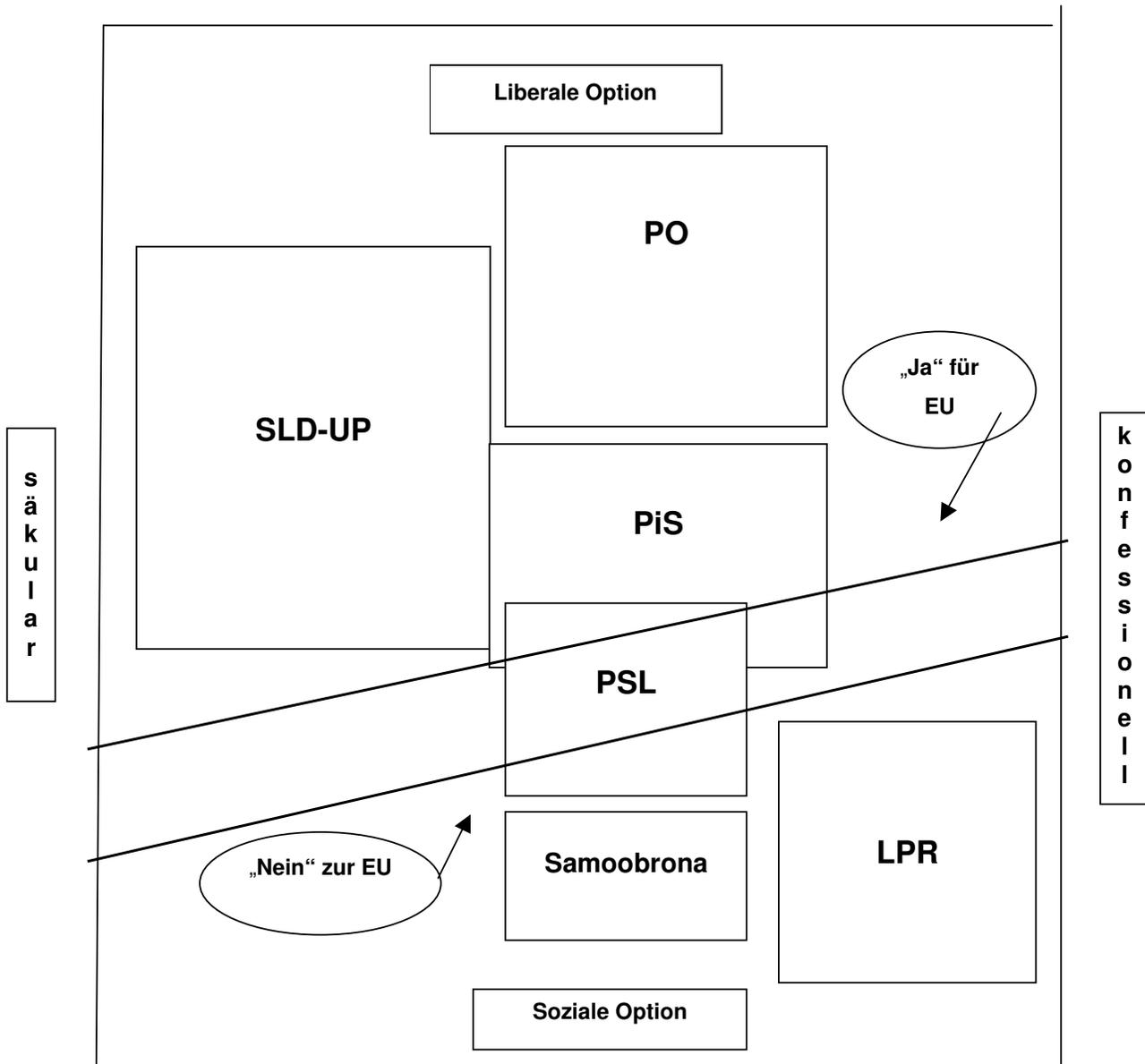


B: Konfliktdimensionen Staatsinterventionismus vs Marktwirtschaft und konfessionell vs. säkular



Die Analyse betrifft weitgehend die Einstellung gegenüber gesellschaftlichen Konflikten auf der Parteebene. Interessant ist aber auch ein kurzer Blick auf die Wählerebene: Die Abbildung 4 zeigt die ideologischen Orientierungen der Wähler bestimmter Parteien nach den Parlamentswahlen 2001.

Abbildung 4: Parteien und deren Einstellung zum EU-Beitritt. Elektoratsebene



Quelle: Żukowski 2003b: 148

Anmerkungen: Żukowski vermittelt hier auch die Einstellung zur EU, was in der vorliegenden Analyse erst später vorkommt. Die AWS und UW werden bei ihm nicht berücksichtigt, weil sie nach den Parlamentswahlen 2001 nicht mehr im Parlament vertreten sind.

Sie basieren auf den Ergebnissen von Einstellungsuntersuchungen, die Żukowski (2003b: 148) auf Grund eines Datensatzes der OBOP (Meinungsforschungsinstitut) mit dem Thema: „Einstellung der Wähler der jeweiligen Partei zur EU“ bearbeitet hat.

Ein Vergleich der beiden Diagramme zeigt gewisse Übereinstimmungen zwischen den ideologischen Positionen der Parteien und den Einstellungen der jeweiligen Parteianhänger. Damit wird die These bestätigt, dass das Parteiensystem in Polen die Konfliktstruktur der polnischen Gesellschaft widerspiegelt, dass Parteien relevante gesellschaftliche Konflikte in Politik übersetzen und die Bürger zur Präferenz derjenigen Partei neigen, die ihren Werteorientierungen am ehesten entspricht. Das bedeutet nicht notwendigerweise, dass sie diese Partei auch (immer) wieder wählen, da das Wahlverhalten durch weitere Faktoren (Personal- und Sachfragen, Kompetenzen, Sozialstruktur) beeinflusst wird. Dennoch kann man davon ausgehen, dass die Bindung von Wählern an Parteien primär auf übereinstimmenden Zielvorstellungen beruht.

Ingesamt ist die Klassifikation der Parteien in der *cleavage*-Konfiguration im polnischen Kontext nicht unproblematisch. Zum Einem entwickelt sich das polnische Parteiensystem nach wie vor im Rahmen einer Gesellschaft, die sehr schnellen Modernisierungsprozessen unterworfen ist. Die daraus resultierende gesellschaftliche Dynamik, die viele Wähler im Zustand starker sozioökonomischer und sozial-kultureller Unsicherheit hält, stellt einen wichtigen Grund für die Wählervolatilität dar. Einerseits müssen die Parteien, die gesellschaftliche Konflikte in Politik übersetzen, ihre Positionen auf mehreren *cleavage*-Achsen kombinieren, um Mehrheiten in den wichtigsten sozialen Gruppen und "quer" durch die oft diffusen politischen Präferenzen der Wähler zu erringen. Wie das geschieht, welche *cleavages* eine Partei verbindet, welche offenen oder latenten Konflikte in und zwischen den Parteien entstehen, welche Koalitionen sie bilden, wie sich ihre Positionen zwischen den Polaritäten verändern, ist von Wahl zu Wahl unterschiedlich. So ist es im postkommunistischen Polen bisher kaum möglich, die Parteien in ein einfaches Rechts-Links-Schema einzuordnen oder schlüssig mit anderen Modellen zu erfassen, die sich meist zu sehr an "westlichen" Vorbildern orientieren.¹⁵⁵ Die Wahlerfolge sind daher vielmehr Ausdruck einer instabilen Konstellation politischer Kräfte und einer kompensatorischen Reaktion auf Konflikte und Ergebnisse der Transformation, wie sie in dieser Phase der Reformen durch das Zusammenspiel struktureller und situativer Faktoren entstanden. Dazu kommt auch, dass die sozioökonomischen Interessen beim Gros der Wähler weder objektiv noch subjektiv klar bestimmt sind, geschweige denn artikuliert und organisiert werden. Noch dominiert die grobe Einteilung in Verlierer und Gewinner der Transformation. Erst allmählich bilden sich Schichten und Gruppen heraus, die eine mehr oder weniger feste Bindung an eine Partei entwickeln, die wiederum diese Interessen relativ dauerhaft repräsentiert. Solange diese Bedingungen vorherrschen, werden wir in Polen eine viel größere Zahl von Wählern als in Westeuropa finden, die in ihren Parteipräferenzen zwischen den Wahlen wie in ihrem Stimmverhalten stark schwanken.

¹⁵⁵ Hierzu siehe die Diskussion über die Links-Rechts-Achse in Polen im vorherigen Kapitel.

Das Vermächtnis der Systemtransformation schafft die Gelegenheitsstrukturen für einen Parteytyp, der quer zur historischen Entwicklung der Parteifamilien in Westeuropa steht. Die Linken wendeten sich den Reformen, aber auch den demokratischen und liberalen Werte der kapitalistischen Welt des Westens zu, allerdings mit deutlicher Rücksichtnahme auf die Mehrheit der Verlierer, der Arbeiter, der Rentner und Staatsbediensteten. Das konservative Element ist nicht als Opposition zur Demokratie, sondern als Protest gegen das Staatsversagen entstanden. Der Rückbezug auf die nationale Gemeinschaft ist das Gemeinsame. Das liberale Element muss sich in seiner Befürwortung der Marktwirtschaft stärker mit den negativen sozialen Folgen des staatlichen Fürsorgeentzugs auseinandersetzen. Daher verschieben sich die Schwerpunkte des Parteiensystems gegenüber denen aus Westeuropa bekannten, und die Einordnung der Parteien beruht auf der Betonung des am stärksten hervorstechenden Programmelements. Jetzt, nach dem Beitritt Polen zur EU, werden die polnische Parteien sich den europäischen Parteienfamilien anschließen und hier – auch wegen der ähnlichen Problemlagen in der erweiterten Union - einem Anpassungsdruck in Richtung des westeuropäischen Modells unterliegen. Die Orientierung an kompatiblen Entwicklungspfaden kann sich auf die Konsolidierung des politischen System in Polen positiv auswirken.¹⁵⁶

Im Folgenden werden die verschiedenen Aspekten der Erweiterung der Europäischen Union und der Europadebatte in Polen dargestellt. Dabei werden zum einen die Konflikte und Kontroversen, die die nationale Debatte über die EU prägen, zum anderen die lokalen kulturellen und geschichtlichen Bedingungen analysiert. Anschließend werden auf der Basis des Materials anhand der empirischen Analysen die Europapositionen der einzelnen Parteien untersucht

4. Der Charakter des EU-Themas in Polen

4.1. Europäische Integration und Europabilder

¹⁵⁶ Oder zu einer inneren Kohärenz innerhalb der Parteifamilien und stärkeren Konfliktaustragung im politischen Raum der EU, vgl. dazu im Kapitel III 6.3.4. Bewertung der Ergebnisse und ihre Bedeutung für die EU Politik.